

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellschein vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 13093. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4590

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1,90 Mk., bei Platzvorkauf 2,30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1,70 Mk. Reklame-Kolonelle 7,50 Mk. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721  
**Schluss** der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Bermittlung in Italien?

### Ein Verständigungsvorschlag des Arbeitsministers.

Berlin, 8. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Rom wird telegraphiert: Im Einverständnis mit dem Schatzminister Meda hat der Arbeitsminister Labriola den Industriellen einen neuen Verständigungsvorschlag gemacht. Er beantragt, den Arbeitern eine 10- bis 20prozentige Lohnerhöhung zu gewähren, bis die geplanten Arbeitergenossenschaften gebildet sind. Die Industriellen sollen diesem Vorschlag nicht ablehnend gegenüberstehen. Der Antrag wird heute von den Gewerkschaften und dem Allgemeinen Industriellen-Verband in Mailand geprüft. Wie die Mailänder Zeitungen berichten, haben die Metallarbeiter beschlossen, den Termin ihres Ultimatum an die Arbeitgeber bis 10. 9. zu verlängern. Sollte dann das Ultimatum nicht angenommen werden, so wollen die Arbeiter die Besetzung der Fabriken ganz Italiens beschließen. Der Sonntag ist in Mailand in großer Ruhe verlaufen, ebenso der Montagvormittag. Meldungen aus Turin, Rom und anderen Städten besagen, daß die Ruhe und Ordnung nirgends gefährdet wurde. Dem Secolo wird aus Triest gemeldet, daß es infolge des Generalstreiks zu bewaffneten Zusammenstößen kam. Die Karabinieri veranstalteten Hausdurchsuchungen in den Lokalen der Sozialdemokratischen Partei und der Block-Partei. Bei den Sozialisten wurden Waffen und Munition beschlagnahmt.

### Sowjets in Italien?

Kopenhagen, 7. September. Politiken meldet aus Paris: In folgenden italienischen Städten existieren tatsächlich Sowjets: Turin, Alexandria, Mailand, Genua, Savona, Spezia, Livorno, Florenz, Rom und Neapel. Die Regierung versucht Blutvergießen zu vermeiden. Die Spannung ist aber so groß, daß das Eingreifen der Truppen jeden Moment erfolgen kann.

Im Gegensatz zur vorstehenden Meldung, nach der die Bewegung mehr und mehr einen politischen Charakter angenommen hat, steht die folgende offiziöse beruhigende Darstellung der Agentur Stefani:

Rom, 7. September. Die im Auslande über die italienischen Verhältnisse umlaufenden Gerüchte sind völlig unzutreffend. Abgesehen von dem Streik in der Metallindustrie, der, wie man hofft, bald beigelegt werden wird, woran auch die Gewerkschaften mitarbeiten, nimmt das Leben seinen gewöhnlichen Gang. Gewalt befindet sich noch auf Urlaub in Piemont und wird am 12. September nach Aix-les-Bains fahren; der König weilt in San Rossore.

II. Mailand, 7. September. In Turin wurden an den besonders gefährdeten Punkten der Stadt Truppen mit Maschinengewehren konzentriert. In ganz Ligurien ist die Besetzung der Metallwerkstätten ohne nennenswerte Zwischenfälle vollzogen worden. In Rom hat die Bewegung bereits ihren Höhepunkt erreicht. Die besetzten Fabriken sind alle in Verteidigungszustand versetzt worden und in wahre Festungswerke umgewandelt worden.

### Der Plan der Einheitspolizei.

Berlin, 8. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Im preussischen Ministerium des Innern hat der Ministerialrat Dr. Wegg vor einer Anzahl von Pressevertretern einen Vortrag über die Neuorganisation der Polizei in Preußen gehalten. Es handelt sich hier zunächst nur um einen Plan des Ministeriums des Innern, der dem Staatsministerium noch nicht vorgelegen hat und heute der preussischen Landesversammlung zugeht. Nach dem Spa-Abkommen muß die Sicherheitswehr bis zum 27. September umgebildet sein. Bei dieser Umbildung soll gleichzeitig die notwendige Reform vollzogen werden. Die jetzt bestehende Vielfalt von Polizeiorganisationen soll durch eine Einheitspolizei ersetzt werden. Die Polizei gliedert sich in Schutzpolizei, die in feste Verbände zusammengefaßt wird und Uniform trägt, die Kriminal- und die Verwaltungspolizei, die Zivilkleidung trägt und nur mit Revolver bewaffnet ist. Die Schutzpolizei ist in Hundertschaften eingeteilt. 13jährige Dienstzeit ist vorgesehen. Die Kasernierung bleibt für die ersten 12 Jahre bestehen. Als Waffen der Schutzpolizei sind Handgranaten, auf 3 Mann 1 Karabiner, auf 20 Mann 1 Pistolgewehr und auf 1000 Mann ein Panzerwagen zugelassen. Die grüne Uniform wird aus Sparmaßregeln belassen. In jeder Provinz wird eine Polizeischule mit Unter-, Mittel- und Oberkursus eingerichtet werden. In Berlin wird eine Polizeihochschule errichtet für die Ausbildung des Lehrpersonals und der höheren Beamten. Der Reformplan strebt gleichzeitig die „Entpolitisierung“ der Polizei an. Die Kosten der Polizei werden außerordentlich hohe sein. Die Beteiligung der Gemeinden

soll fortfallen, ebenso der heutige Verteilungsschlüssel für die Sicherheitspolizei. Die Kosten der Schutzpolizei und der Kriminalpolizei sind zwischen Reich und Staat zu teilen. Auch eine Reichskriminalpolizei soll geschaffen werden. Ueber die Titelfrage, die einen heftigen Widerstand der Offiziere hervorgerufen hatte, sind Entscheidungen noch nicht getroffen.

### Russisch-englische Handelsbeziehungen?

Berlin, 8. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Note Fahne bringt eine Moskauer Meldung aus Wien, wonach bereits Handelsbeziehungen zwischen England und Rußland, die keineswegs als belanglos bezeichnet werden, bestehen. Das britische Handelsamt berichtet, daß im Mai dieses Jahres aus Rußland Waren im Werte von 1 185 304 Pfund Sterling eingeführt worden sind. Ebenso sind große Mengen nach Rußland ausgeführt worden. Die britisch-russische Handelskammer berichtet über eine Gesamtausfuhr von 1 065 158 Pfund Sterling. Rußland ist gewissermaßen ein riesenhaftes leeres Warenhaus mit ungeheurem Bedarf an Fertigwaren, kann aber weder Geld noch Waren zum Austausch dafür ausführen. Als Ausfuhrartikel Rußlands kommen in Frage: Holz, Flachs, Butter und Felle. Dagegen kann Großbritannien eine außergewöhnlich mannigfaltige Zahl von Artikeln zur Verfügung stellen.

### Die russisch-polnischen Friedensverhandlungen.

Berlin, 8. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Moskau wird gemeldet: Die Delegation, die Rußland und die Ukraine bei den Friedensverhandlungen in Riga vertreten soll, besteht aus Abrahamowitsch, Manulski, Joffe, Obelonski und Kirwom. Die Delegierten werden sofort nach Regelung des Freigeleites abreisen. Da die lettische Regierung nur für die Hauptdelegierten und Sachverständigen freies Geleit erteilt, kann die Delegation nicht eher nach Riga abreisen, als das Schiffpersonal freigeleitet erhält.

### Der polnisch-litauische Streit vor der Beilegung?

Berlin, 8. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach dem Daily Telegraph herrscht in britischen Offizierskreisen die Ueberzeugung, daß gegen Ende der Woche der Grenzzwischenfall zwischen Polen und Litauen erledigt sei. Die Berichte der britischen Vertreter betonen die Versöhnungsbereitschaft beider Regierungen. Die Schärfe hätten nicht viel zu bedeuten und würden nach 2 bis 3 Tagen vollständig aufhören. Laut Temps seien die Polen bereit, von ihren Forderungen auf Räumung des Distrikts Suwalki durch die litauischen Truppen innerhalb zehn Tagen abzusehen. Die polnische Regierung habe mit den Delegierten über die Angelegenheit verhandelt und zeige große Mäßigung.

### Die deutsch-italienische Konferenz in Streja.

Streja, 7. September. Zu Beginn der Beratungen zwischen dem italienischen und dem deutschen Ernährungsminister legte der italienische Minister Soleri den Umfang und Ziele der Beratung dar, die die Verwendung des italienischen Anteils an den von der Spaer Konferenz Deutschland zugunsten seiner Verpflegung bewilligten Vorräte darzulegen soll, daß den Interessen Deutschlands und Italiens Rechnung getragen wird. In seiner Erwiderung sagte Dr. Hermes die allgemeine Ernährungslage Deutschlands auseinander, wobei er die schon auf der Londoner Konferenz vom 4. August gegebenen Aufschlüsse ergänzte und namentlich auf die Ernährungslage in den deutschen Kohlenbezirken hinwies. Nach dem allgemeinen Ansichtsaustausch wurde auf Vorschlag Soleris eine Reihe von Sonderberatungen zwischen den Sachverständigen der beiden Völker festgesetzt, um die praktischen Möglichkeiten der Verwendung des italienischen Anteils zu prüfen.

Streja, 8. September. Auf der Konferenz bemerkte in der Generaldiskussion der deutsche Ernährungsminister Dr. Hermes die Deutschland zugestandene Hilfe bezüglich der Lebensmittelversorgung bleibe unzureichend, falls Deutschland die Vorräte bereits im Mai zurückzahlen müßte. Der italienische Ernährungsminister Soleri versprach, daß die italienische Regierung die Sache zur Besprechung in der Wiedergutmachungskommission der Entente anregen werde. Im Ausschuss der Konferenz ist vereinbart worden, daß die italienischen Schiffe, die von Deutschland Kohlen holen, nach Deutschland Phosphate bringen sollen.

II. Basel, 8. September. Wie es heißt, wird Italien Deutschland bei der Bank d'Italia, der Staatsbank, für den 1. Dezember ein Guthaben von 21 Millionen Lire zu Ernährungszwecken eröffnen.

### Die geplante Zwangsanleihe.

Im Oktober wird der Reichstag wieder zusammentreten und man darf darauf neugierig sein, wie sich das „hohe Haus“ und insbesondere der Regierungsbund mit den in keiner Weise gelösten Reichsfinanzproblemen auseinandersetzen wird. Diese brennen ja jetzt der deutschen Bourgeoisregierung um so heißer auf den Fingernägeln, je sorgloser, oberflächlicher und klagenengerziger man sich vorher an einer dauerhaften Lösung vorbeigedrückt hat. Allmählich beginnt auch in den nicht finanziellen Ressorts der Reichsregierung, die bisher mit ihrer Verständnislosigkeit für die Finanzgefahren gerazu prahlten, das große bange Erwachen. Man sieht täglich das progressive Wachstum allein unserer schwebenden Schuld, die heute bereits die schwindelnde Höhe von 120 Milliarden erreicht hat, und man fühlt, daß die gedankenlose weitere Zuanpruchnahme des Kredits durch die Notendruckerei der Reichsbank eines schönen Tages den Minusstreich jeglicher Kreditmöglichkeit auch absolut überschritten haben wird. Auch in den nicht finanziellen Ressorts und in den Kreisen der sogenannten Kurpolitiker wird allmählich begriffen, wie alle Fragen der Wirtschaft, Arbeitsbeschaffung, Produktionsbesserung, Preisabbau, die heute in einem Höchstmaß akut und für die herrschende Gesellschaft explosiv gefährlich sind, in allerengster Wechselbeziehung mit den reinen Finanzfragen stehen.

Wie wird, nach vorläufigstem Urteil, die finanzielle Situation des Reiches am Ende dieses Jahres und am Anfang des nächsten Jahres sein? Das Reich verschuldet sich immer tiefer an die Reichsbank und den Schatzwechselmarkt. Niemand weiß, wann diese Progression überhaupt abgeschlossen werden kann. Das normale Budget des Reiches wird, daran sind wir ja gewöhnt, wieder bei weitem in den Ausgaben überschritten werden. Über 2,9 Milliarden von ihm sind sogar schon heute auf dem Papier noch nicht einmal gedeckt. Dazu kommt das außerordentliche Budget, das diesmal vor allem durch das Defizit der Eisenbahnverwaltungen allein schon mit reichlich einem Duzend Milliarden belastet werden muß. Die Verpflichtungen an die Entente sind dabei gar nicht in Berücksichtigung gezogen. Auf der andern Seite aber befindet sich der Einkauf der neuen Steuern noch in den allerersten Anfängen. Rücksichtslos und brutal greift man zwar bei dem Millionenheer der Arbeiter und Angestellten mit dem Steuerabzug zu. Wo es sich aber um die großen Abgaben von den Kriegs- und Revolutionsgewinnen der Besitzenden handelt, die längst Geleht geworden sind, läßt man unter dem Druck allmächtiger unterirdischer Einflüsse Rücksicht über Nachsicht und entschuldigend Terminverlängerungen nur recht fadenscheinig mit der Unmöglichkeit z. B., den Steuerapparat rechtzeitig genug auf die neuen Aufgaben einstellen zu können.

Was wird das Ende vom Liede sein? Wir werden im Winter aller Voraussicht nach eine neue unerhörte Markt-Depression erleben. Das aber bedeutet, je weiter wir bis dahin wieder in die Weltwirtschaft hineingewachsen sein werden, ein neues Ansehen aller Preise und damit einen neuen Kampf um Tarife und Löhne und schließlich als letzte Konsequenz wieder die rasend gesteigerte Umdrehung der Notenpresse. Kurz, das alte nur wieder rapidere „Sich-rund-herumdrehen“ um die berühmte Schraube ohne Ende. Dieser Zustand erscheint zwar heute dank der Oberflächlichkeit und Leichtgläubigkeit, die mit ein Charakteristikum unserer durch Ludendorffs Lügen- und Bankrottspolitik verseuchten Zeit ist, etwas verschleiert. Aber auch das ist uns gerade im höchsten Grade gefährlich, gerade im gegenwärtigen Moment. Das Ausland nämlich schöpft aus dieser Verschleierung der wirklichen Dinge ein falsches Vertrauen zur deutschen Bakula, die es später in erheblichem Maße wieder revidieren wird; auf der andern Seite aber wird die französische Siegerunerschlichkeit dadurch ermutigt, ihre Kontributionsforderungen, die gerade in den nächsten Wochen in Debatte in Genf stehen werden, auf eine ganz unmögliche Höhe hinaufzuschrauben.

Es ist also kein Wunder, wenn gerade jetzt von den Kreisen in der Umgebung der Reichsbank der Gedanke eines Zwangsanleihegeschäftes gleichsam als letzter Notanker ausgeworfen wird. Polen hat ja jetzt auch seine Kriegsanleihe als Kriegszwangsanleihe durchgeführt und der Plan scheint ansteckend und verführerisch über die Grenze gewirkt zu haben. Nach der Frankfurter Zeitung befinden sich mehrere Entwürfe bereits in der Diskussion hinter den Türen der finanziellen Ressorts. In Aussicht soll die Aufnahme einer Zwangsanleihe in der Höhe von 50-60 Milliarden Mark genommen sein. Damit hofft man, daß wenigstens jener Beharrungszustand eintritt, dessen sich z. B. die Bank von Frankreich bereits seit einiger Zeit erfreut. Mehr allerdings kann auch der größte Optimist nicht erwarten.